

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.71 Asien Gen. - THU/LER

Bern, 14. August 1992

**Offizieller Arbeitsbesuch
von Botschafter J. Staehelin
in Zentralasien, vom 24.8 - 4.9 1992**

DEMOKRATISIERUNG IN ZENTRALASIEN

1. Einleitung

Vor der aussenpolitischen Kommission des US- Repräsentantenhauses fasste Prof. F. Kazemzadeh am 28.4.92 die Aussicht auf Demokratisierung in Zentralasien mit den Worten zusammen : "It is unrealistic to expect Central-Asian states rapidly to develop into democracies" und das deutsche Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien geht gar davon aus, dass "... in den Republiken Zentralasiens die Grundrechte, wie sie in westlichen Demokratien bekannt sind, auf absehbare Zeit nicht garantiert sein werden...". Diese Aussagen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass seit dem Beginn von Glasnost in Zentralasien im Dezember 1986 (als in Alma Ata die erste grosse Kundgebung gegen die Einsetzung des Russen G. Kol'bin anstelle des abgesetzten kasachischen ersten KP-Sekretärs D. Konajev stattfand) erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. In allen Republiken sind vom Volk bestätigte Präsidenten im Amt, die sich zur Demokratisierung ihres Landes und zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet haben. In einigen Republiken wie Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan existieren verschiedene Parteien und Oppositionsbewegungen, die zum Teil über eigene Presseorgane verfügen. In verschiedenen Fällen existieren ermutigende Anzeichen, welche für eine Entwicklung in Richtung Demokratie sprechen, wie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung nach amerikanischem Vorbild in Usbekistan, die Politik gegenüber eigenen Minderheiten in Kasachstan oder der Einbezug der Opposition in die Regierung in Tadschikistan und Kirgisien.

Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Beispiele, die das Demokratiedefizit dieser Staaten veranschaulichen, sodass es schliesslich schwierig fällt, den Stand der Demokratisierung und die Gewährleistung der elementaren Grundrechte abzuschätzen. Trotzdem lassen sich über das ethnische und politische Umfeld sowie über die Unterschiede unter den zentralasiatischen Republiken folgende Angaben machen :

2. Ungünstige Rahmenbedingungen

Die zur Einleitung und Durchführung politischer Reformen notwendige Stabilität wird in vier von fünf Republiken durch Nationalitätenkonflikte gefährdet. In Kasachstan sind es die Russen (die 34 % der Bevölkerung ausmachen), in Tadschikistan und Kirgisien die Usbeken (23 bzw. 12 %) und in Usbekistan die Tadschiken und Karakalpaken, welche



hauptsächlich an den Auseinandersetzungen beteiligt sind und damit die Regierungen veranlassen oder zwingen, autoritäre Massnahmen durchzusetzen. So rechtfertigte N. Nazarbaev an der konstituierenden Versammlung des kasachischen Volkskongresses im Oktober 1991 seinen Entschluss, jenen Bewegungen, welche nationalistische Ziele verfolgen, die Registrierung als Partei zu verweigern, mit der Feststellung, dass sich Kasachstan andernfalls in ein Schlachtfeld verwandeln könnte; und der usbekische Präsident Karimov verfolgte gemäss eigenen Angaben mit dem Einsatz der OMON-Einheiten gegen die demonstrierenden Studenten in Taschkent (16. Januar 1992) u.a. das Ziel, Ausfälle gegen in Taschkent lebende Tadschiken zu verhindern.

Neben den verschiedenen Nationalitäten bekämpfen sich oft einzelne Regionen und Stämme. In **Kasachstan** war die kommunistische Partei bis vor kurzem stets in den Händen der Nachkommen der sogenannten "grossen Horde", die vor der russischen Besetzung im Süden des Landes siedelte. In Westkasachstan lebte die kleine Horde, deren Nachkommen im Obersten Sowjet eine entscheidende Rolle spielten, und im Norden siedelte die mittlere Horde, die ihren Anspruch auf eine ausgeglichene Vertretung in der Führung des Landes geltend zu machen versuchte. Nazarbaev (ein Nachkomme der grossen Horde) ist gezwungen, dieses traditionelle Gleichgewicht zu halten. Sein Vizepräsident Erik Asanbaev ist von der mittleren Horde und sein russischer Premierminister Tereschtschenko ist aus Tschimkent und Guriev im Westen des Landes. Rivalitäten bestehen auch in **Kirgisien** zwischen den Regionen Naryn (aus der Turdakun Usabaliev und Askar Akaev stammen), Talas (wo Akaevs Vorgänger A. Masaliev lebt) und Osch im Ferganatal oder in **Turkmenistan** zwischen den Stämmen der Tekke und den Jomuden.

Dass nicht nur die Gegensätze unter den Nationalitäten sondern auch jene zwischen den Regionen die Demokratisierung in Zentralasien behindern können, beweisen auch die Verhältnisse in **Tadschikistan**. Die Vertreter des Kulyab- und Chojentoblast (Chojent ist der alt/neue Name der Stadt Leninabad) protestierten aus zum Teil gegensätzlichen

Gründen gegen den Kompromiss, auf den sich Präsident R. Nabijev und die Opposition in der Folge der Mai-Proteste einigen konnten. Chojent weigerte sich gar, die Beschlüsse der Regierung über die neue Zusammensetzung der gesetzgebenden Versammlung, der Mejlis, anzuerkennen, und im Kulyab Oblast kam es zu Gefechten zwischen den



Anhängern des im Laufe der Unruhen entlassenen Sprechers und Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Safarili Kenzaev (der aus Kulyab stammt), und Einheiten der Regierung. Im ehemaligen Leninabad, das für seinen Einfluss in Duschanbe bekannt war (auch Nabijev ist aus Chojent), sollen Demonstranten die Ablösung des Gebiets von Tadschikistan gefordert haben, und im autonomen Gebiet Gorno-Badachschan veranlasste die Entlassung des tadschikischen Innenministers Mamadaez Navzhuvanov (aus Chorog !) die seit Jahren für mehr Autonomie kämpfende Bewegung Lyali Badachschan, Demonstrationen für die Schaffung eines weitgehend unabhängigen Badachschan durchzuführen.

Bei beinahe allen Unruhen der letzten zwei Jahre (z.B. in Duschanbe 1990 und 1991, Osch 1990, Taschkent 1990 und 1992) gehören die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Verhältnisse¹ zu den Ursachen oder auslösenden Elementen. Solange diese zum Teil katastrophalen Bedingungen nicht verbessert werden können, besteht kaum Aussicht auf eine erfolgreiche Demokratisierung in Zentralasien. Selbst in Kasachstan und Usbekistan, deren wirtschaftliche Reformprogramme im Vergleich zu den anderen Staaten speditiv vorangetrieben werden, waren Regierungsvertreter vor der wachsenden Ungeduld der Bevölkerung, die die Einführung der Marktwirtschaft vor allem mit ansteigenden Arbeitslosenzahlen und abnehmendem Lebensstandard gleichsetzt. Gleichzeitig vertreten alle zentralasiatischen Präsidenten die Ansicht, dass die wirtschaftlichen Reformen den politischen Reformen vorangestellt werden müssen -einer der Gründe, weshalb Karimov stets vom "chinesischen Modell" spricht und weshalb Nazarbaev einen südkoreanischen (in der Zwischenzeit amerikanischen) Experten zu seinem ersten Ratgeber in Wirtschaftsfragen gemacht hat.

Zu den ungünstigen Rahmenbedingungen muss schliesslich auch die Vielzahl jener Interessengruppen gezählt werden, die sich gegen eine Demokratisierung der politischen Zustände wehren. Dazu zählen insbesondere die Altkommunisten Nabijev, Nijasov und Karimov sowie die mehrheitlich von der kommunistischen Elite beherrschten Parlamente in Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Darüber hinaus bestehen in allen Republiken clan- und mafiaähnliche Zustände, Vetternwirtschaft und Korruption, welche bereits von Gorbacev (allerdings vergeblich) mittels einer "Politik der Antikorruption und des internationalen Kaderaustauschs" bekämpft wurde.

3. Die Parteien und Oppositionsbewegungen

Obwohl die in der Folge des misslungenen Putschs vom August 1991 verbotenen aber schliesslich (vielleicht mit Ausnahme von Kirgisien) nur umbenannten kommunistischen Parteien in drei von fünf Republiken am stärksten vertreten sind, gibt es heute bis auf Turkmenistan überall politische Parteien und Oppositionsbewegungen. In **Kasachstan** stehen der sozialistischen (ehemals kommunistischen) Partei eine Menge kleinerer Parteien wie die sozialdemokratische Partei Kasachstans, die Partei Azat (Frei), die Partei Jeltoksan (Dezember, benannt nachdem in der Einleitung beschriebenen Unruhen vom 16-18.12.1986 in Alma Ata) oder die Bürger-Partei gegenüber. Darüber hinaus bestehen schon seit einiger Zeit Interessenverbände wie die populäre Nevada-Semipalatinsk Bewegung oder der Dachverband kasachischer Gewerkschaften Birlesu (Einheit). Kontroversen ausgelöst hat die islamische Bewegung Alasch, der von

¹ Auf das soziale und ökologische Umfeld wurde bereits an anderer Stelle ausführlich eingegangen (siehe p.B.58.02 Asie centrale - THU/BUG 10.1.92).

Nazarbaev vorgeworfen wird, sie sei radikal faschistisch und deshalb als Partei nicht tolerierbar. Nazarbaev selbst ist aus der sozialistischen Partei ausgetreten, weil er wie er sagte, der Präsident aller Kasachen und nicht nur der Präsident der sozialistischen Kasachen sei. Es ist schwierig abzuschätzen, inwieweit die Vorstellungen Nazarbaevs tatsächlich demokratisch sind, denn ab und zu scheint seine Absicht, die Macht des Präsidenten zu erhalten oder auszubauen die entscheidende Triebfeder seiner Politik zu sein. Das wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1991 deutlich, als er die Zeit, welche der Opposition zur Sammlung von 100'000 Unterschriften ausreichen musste, damit sie einen eigenen Kandidaten stellen konnte, derart knapp bemessen hatte, dass er schliesslich keine Konkurrenten befürchten musste. Gleichzeitig schaffte er es, seine politischen Gegner O. Suleimanov und M. Schachanov auszuschalten, als sie versuchten mit der Schaffung eines kasachischen Volkskongresses die Opposition gegen Nazarbaev zu einigen. Er setzte sich kurzerhand an die Spitze der Rednerliste, sprach in aller Ausführlichkeit über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Kasachstan, beantwortete schliesslich Fragen aus dem Publikum und dominierte die Versammlung nach Belieben.

Beträchtlich selbstherrlicher regiert allerdings **der usbekische Präsident Islam Karimov**, der sich nach seiner Wahl im März 1990 gleichzeitig als überzeugter Anhänger El'cins und als entschiedener Gegner eines Mehrparteienparlaments bezeichnet hatte. Die Opposition wird in Usbekistan vor allem durch die Bewegung Birlik² (Einheit) und deren Splitterpartei Erk (Frei / Erk löste sich im Februar 1990 von Birlik) vertreten. Die nationalistische und antirussische Usbek Adalet wurde von den Kommunisten (jetzt Anhänger der demokratischen Volkspartei) mit allen Mitteln unterdrückt. Auch Birlik und Erk wurden mehrmals verboten oder in ihrer Tätigkeit behindert. Selbst für die Präsidentschaftswahlen vom 29. Dezember 1991 wurde der Kandidat von Birlik nicht zugelassen (der Schriftsteller und Vorsitzende der deutlich kleineren Partei Erk, Muhammad Salih, erhielt immerhin 12,3 % aller abgegebenen Stimmen, während Karimov mit 86 % deutlich gewann). Die beiden massgebenden Zeitungen des Landes, die Pravda vostoka und die Ozbekistan avazi werden von der demokratischen Volkspartei kontrolliert, sodass von einem ausgeglichenen Wahlkampf nicht die Rede sein konnte. Karimov, der den Wahlsieg als Zustimmung für seine Haltung gegenüber den Intellektuellen und Islamisten interpretierte, richtete zu Beginn dieses Jahres ein System von Präfekten (hakins) auf Oblast-, Raion- und Stadtebene ein, was Salih als weiteren Schritt in Richtung Diktatur interpretierte. Am 2. Juli 1992 gab Salih öffentlich den Verzicht auf seinen Sitz im Obersten Sowjet bekannt, wobei er erklärte, dass es für ihn unmöglich geworden sei, in der undemokratischen und kommunistischen Legislative mitzuarbeiten. Noch am gleichen Tag bot die Regierung Polizei und Truppen auf, um eine befürchtete Demonstration der Birlik-Anhänger zu verhindern. Das Zentrum von Birlik wurde vorübergehend geschlossen.

Noch konservativer ist Saparmurad Ataevic Nijasov, Präsident der Republik **Turkmenistan**. Abgesehen von der Bewegung Agsgybirlik, die von Nijasov verboten wurde, bestand in den letzten zwei Jahren keine eigentliche Opposition unter den zwei Millionen Turkmenen. Das hängt damit zusammen, dass Turkmenistan im Gegensatz zu Usbekistan oder Kirgisien über keine breite Intelligenzija verfügte (Aschchabad wurde

² Birlik ist eigentlich eine Dachorganisation, die u.a die demokratische Partei Usbekistans, die Union der Frauen, die Union der freien Jugend und die demokratische Bauernpartei vereinigt.

1881 an der Stelle einer ländlichen Einzelsiedlung als Militärstation angelegt und blieb dem Charakter nach lange eine russische Militärstadt, die die Herausbildung einer turkmenischen Intelligenzija weitgehend verhinderte) und dass "die Turkmenen" nur als Sammelbegriff von sich gegenseitig bekämpfenden Turkstämmen und nicht als "ein Volk" verstanden werden können. Dass die Lage trotzdem nicht ungefährdet stabil sein muss, bewiesen die Mai-Unruhen von 1989, als in Aschhabad über hundert Läden armenischer Händler gestürmt und niedergebrannt wurden.

In **Tadschikistan** hat sich die Lage mit dem Sturz der alten Regierung im Mai dieses Jahres beträchtlich geändert, auch wenn das eigentliche Ziel der islamischen Wiedergeburtspartei Rastokhez - der Rücktritt Nabijevs - nicht erreicht worden ist. Trotzdem kann die Opposition gemäss dem Abkommen vom 11.5.1992 den Posten des Verteidigungs-, des Innen- und des Aussenministeriums mit ihren Vertretern besetzen. Darüber hinaus ist ihnen die Hälfte aller Sitze in der Mejlis und der Posten des stellvertretenden Premierministers und Regierungssprechers zugesprochen worden. Es ist allerdings fraglich, ob damit der entscheidende Schritt in Richtung Demokratie bereits getan ist. Sodmon Jusupov, Vorsitzender der Demokratischen Partei soll sich diesbezüglich sehr skeptisch ausgedrückt und weitere Ausschreitungen nicht ausgeschlossen haben.

Bereits vor der Wahl Akajevs zum Präsidenten (im Oktober 1990) spielten in **Kirgisien** die informellen Gruppen wie Askar, Aqiqat, Osch-Ajmagi, der demokratische Flügel Kirgisiens oder die kirgisische demokratische Bewegung eine entscheidende Rolle. Besonders im Vorfeld der Fergana-Unruhen vom Juni 1990, welche rund 230 Tote und 4000 Verletzte gefordert und schliesslich auch zur Absetzung von A. Masaliev geführt hatten, zeigte sich die relative Vielzahl der politischen Interessengemeinschaften. Obwohl die Demokratie in Kirgisien - ähnlich wie in Kasachstan - von oben nach unten durchgesetzt werden soll, zeichnet sich der Physiker Akajev durch klare Vorstellungen darüber aus, wie eine Demokratie aussehen sollte. Es setzt sich unter allen zentralasiatischen Präsidenten am meisten für eine klare Gewaltentrennung, für den Einbezug der Opposition in die Entscheidungsfindung und für die Freiheit der Presse ein.

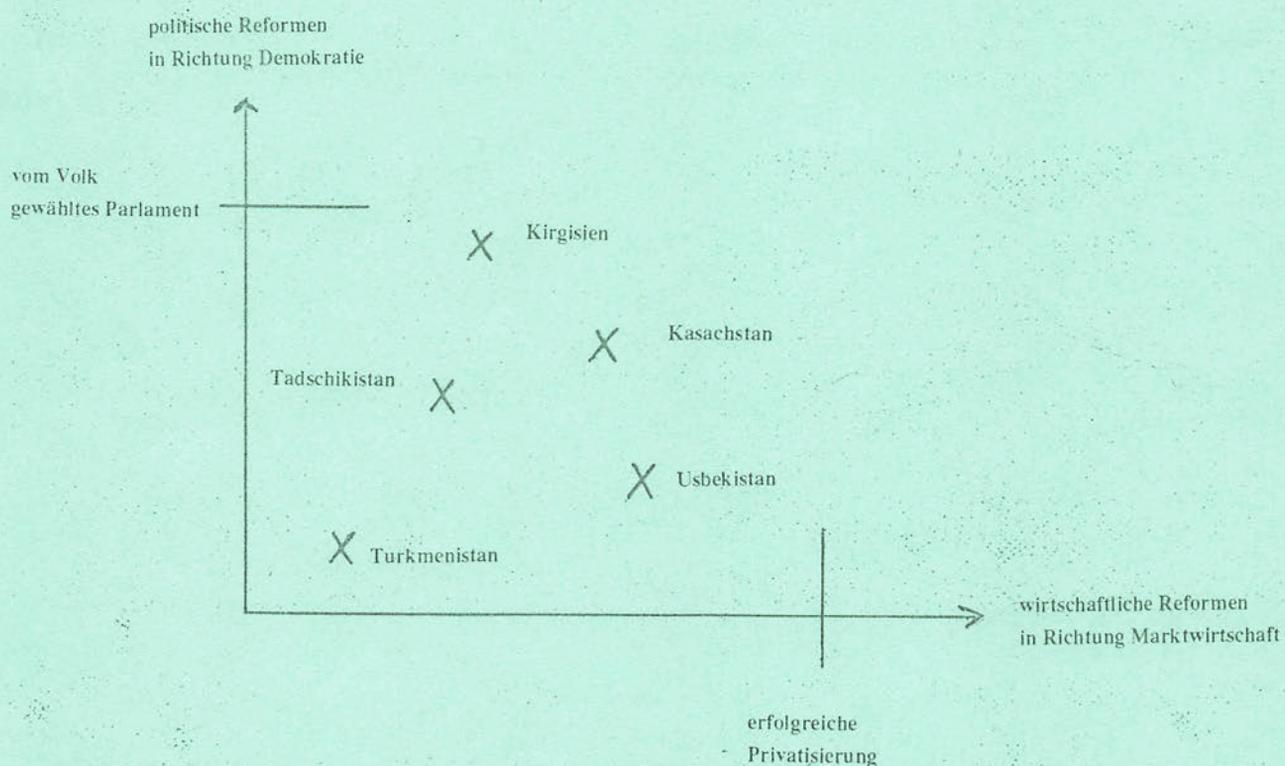
Er sprach sich als einziger neben B. El'cin von Anfang an entschieden gegen den Putschversuch Janaevs aus und verhinderte ebenso bestimmt das von der nationalistischen Bewegung Demokratisches Kirgistan und geforderte harte Vorgehen gegen die inzwischen verbotene KP-Kirgisiens.

Die ehemals oppositionell Demokratische Bewegung Kirgisien ist zur bestimmenden politischen Kraft des Landes geworden. Sie schaffte es, einen Konsens über die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen herzustellen, doch bleibt offen, wie lange der Konsens erhalten werden kann, wenn die wirtschaftlichen Reformen weiterhin so schleppend wie bisher verwirklicht werden.

4. Elementare Grundrechte

Wie bereits andernorts erläutert, werden die elementaren Grundrechte wie Recht auf Leben, Garantie der Menschenwürde, Persönliche Freiheit, Glaubens-, Gewissen- und Kulturfreiheit etc. in den zentralasiatischen Republiken nur innerhalb gewisser Grenzen

garantiert. So wird die Sicherung elementarer Bedürfnisse, etwa Nahrung und Obdach in Tadschikistan oder Usbekistan nur unbefriedigend gewährleistet, während die Niederlassungs- und Sprachenfreiheit wie im Rest der ehemaligen Sowjetunion theoretisch garantiert, dessen Ausübung aber eingeschränkt ist. Fortschritte sind auf dem Gebiet der Glaubensfreiheit erzielt worden. Die Kultusfreiheit wird mit der Förderung oder Duldung des Islams besser gewährleistet als noch von sechs Jahren. Mit dem Eintritt in die KSZE und der Ausarbeitung neuer Verfassungen verpflichten sich zudem alle Staaten Zentralasiens zur Einhaltung der Menschenrechte.



wirtschaftliche und politische Reformen im Vergleich

Kopie an : - **EVD, BAWI :**

- Herrn Staatssekretär F. Blankart
- Herrn Botschafter S. Arioli
- Herrn R. Ramsauer
- Herrn H.-U. Mazenauer

- **EDA :**

- Schweiz. Botschaften in Ankara, Brüssel, Helsinki, Kiev, Moskau, Paris, Riga, Rom, Washington
- Mission Genf
- Mission New York
- KE, SIN, GRN, LA, VDF, MER, RIA, API, KUR, PR, KD, KO, MW, BUU